

Die Schmach von Essen

Würdiger Protest

Am 10. April wurden in Essen die Todesopfer des Blutbades beigesetzt, durch das die Franzosen den Karsamstag entweihten. Der Trauerzug war ohnegleichen würdig der Toten, die er ehren sollte. Die Franzosen selbst konnten den gewaltigen Eindruck nicht leugnen, den die wunderbare Disziplin dieser Demonstration des ganzen Ruhrgebiets auf sie machte. Nach Tausenden zählten die Kränze, nach Zehntausenden die Deputationen. Und auf all den Fahnen, die umflort im Zuge mitgeführt wurden, auf all den Tafeln und Emblemen fand sich kein Wort des Schimpfes gegen den Feind. Nichts sollte die Weihe der Feier, nichts die Trauer stören. Der Sprecher der Kruppischen Arbeiterschaft fand auch am Grabe noch Worte, die zur Verständigung aufrufen. „Ich glaube“, so sagte der Schlosser Brehm, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Friedrich-Krupp-Aktiengesellschaft, „auch in eurem Sinne, ihr toten Kameraden, zu sprechen, wenn ich sage: nicht mit Hass, nicht mit Kanonen und Gewehren wollen wir unsere Sache verfechten, sondern auch fernher werden wir bestrebt sein, durch friedliche, kulturfördernde Arbeit der Völkerverständigung zu dienen. Nicht rohe Gewalt darf siegen, sondern der Wille zur friedlichen Verständigung auf Grundlage des Rechtes muss und wird die Oberhand gewinnen.“

Die Höhe der Gesinnung und Gesittung, die aus solchen Worten spricht, steht in dem krassen Gegensatz zu dem Verhalten der französischen Befehlshaber und der französischen Behörden, die keine andere Sorge hatten, als das Urteil der Welt über die traurigen Vorgänge des Tages vor dem Osterfest zu fälschen.

Verschleierungsversuch

Dieser Versuch ist missglückt, obwohl ein Teil der kommunistischen Presse sich, offenbar auf Grund geheimer Abmachungen, bemühte, bei dieser Gelegenheit dem französischen Militarismus traurige Helferdienste zu leisten. Es handelt sich dabei um eine Gruppe der kommunistischen Partei, die — im Gegensatz zu ihrer Führung — das Beispiel Lenins nachahmen zu können glaubt, mit Hilfe der fremden Militärgewalt selbst zur Macht zu gelangen. Diese Versuche können höchstens dazu beitragen, die schändlichen französischen Generale, die die Sprache von Sowjetkommissaren nachahmen versuchen, lächerlich und die Kommunisten verächtlich zu machen. Im Ruhrgebiet selbst haben die kommunistischen Quartierbereiche helle Enttäuschung erweckt, und die Darstellung, als ob die Direktion der Firma irgendeine Schuld an den blutigen Vorgängen treffe, wird gerade von der Arbeiterschaft mit besonderer Empörung zurückgewiesen. So erklärte eine Deputation von drei Betriebsratsmitgliedern, darunter ein Kommunist:

„Die von den Franzosen behauptete Provokation durch das Direktorium von Krupp ist durchaus unzutreffend. Die Massnahmen der Arbeitsniederlegung und des Heulens der Sirenen sind von dem Direktorium und dem Betriebsrat gemeinschaftlich veranlasst worden und hatten lediglich den Zweck einer friedlichen Demonstration gegen eine etwa beabsichtigte Steigerung der Arbeit und damit der Lebensbedingung des Werks. Die bei den Verhandlungen mit der Werkleitung anwesenden Arbeitervertreter sind in keiner Weise von der Werkleitung in ihrer Haltung beeinflusst worden und lehnen überhaupt die Zumutung des französischen Propagandadienstes, als ob Kruppische Arbeitervertreter sich in ihre politischen oder wirtschaftlichen Haltung von der Werkleitung beeinflussen lassen, als entwürdigend ab. Die Direktoren tragen ebensowenig Schuld an dem Blutbad vom 31. März wie der Betriebsrat. Schuld trägt allein der französische Militarismus, der wider alles Recht in unseren Betrieb eingedrungen ist und uns in unserer friedlichen Arbeit gestört hat.“

Wenn die Franzosen glauben, durch ein Scheinverfahren gegen die Kruppdirektoren vor einem ihrer Kriegengerichte den klaren Tatbestand verwischen zu können, so irren sie sich erst recht. Es gibt keinen Menschen in der

ganzen Welt, der in den Urteilen dieser Kriegengerichte etwas anderes erblickte als brutale Willkür und offenen Rechtsbruch. Nicht ein einziges der Urteile, die von diesen „Gerichten“ gefällt worden sind, kann die Nachprüfung einer Instanz vertragen, die dem elementarsten Rechtsempfinden Rechnung trägt. All die Hunderte von Männern aller Stände, die von diesen Gerichten — zum Teil zu furchtbaren Strafen — verurteilt worden sind, sind Märtyrer der gerechtesten Sache, und jede Verurteilung vermehrt den Abscheu, den Widerwillen und den Widerstand.

Es ist in jeder Beziehung Raubbau, was die Franzosen und ihr belgischer Anhang treiben. Raubbau, der sich furchtbar zu rächen droht. Schon jetzt ist nicht mehr damit zu rechnen, dass die materiellen und moralischen Zerstörungen, die angerichtet worden sind, in absehbarer Zeit wieder ausgeglichen werden können. Selbst wenn morgen eine politische und wirtschaftliche Verständigung gelänge, würde es ausserordentliche Mühe kosten, das gestörte Gleichgewicht im Industriegebiet wiederherzustellen. Glaube niemand, dass die Beamten, Angestellten und Arbeiter durch irgendein Mittel dazu gebracht

werden könnten, wider ihren Willen die Arbeit zu leisten, ohne die alle die wunderbaren Produktionsstätten leere Gehäuse, toter Stein bleiben! Die einzige Garantie für Reparationsleistungen liegt in der Wiederherstellung des guten Willens, der so furchtbar enttäuscht und abgeschreckt worden ist.

Poincarés „Siegfrieden“

Deutschland treibt auch jetzt — abgesehen von politisch nicht ausschlaggebenden Gruppen — keine Politik der Verzweiflung. Dem französischen „Jus'aboutismus“ setzt es die stetige Bereitschaft entgegen, einen wahren Frieden zu schließen und zu halten. In dieser Beziehung hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann in der „Vösischen Zeitung“ erneut die bündigsten Erklärungen abgegeben. Er hat im Anschluss an den Besuch des französischen Grossindustriellen Loucheur in London festgestellt, dass die für den Wiederaufbau Frankreichs in engerem Sinne notwendige Summe von Deutschland aufgebracht werden könne, und dass es Sache der Entente wäre, durch Beschränkung ihrer Forderungen auf diese Ausgaben zu einer Entspannung beizutragen. Er hat damit in der Öffentlichkeit wiederholt, was das — leider seinerzeit nicht veröffentlichte — Januar-Angebot des Staatssekretärs Bergmann in Paris enthielt. Es scheint, dass

Poincaré auch jetzt noch an seinem starren Programm festhält, erst Deutschland zur „Kapitulation“ zu zwingen und dann „seinen“ Frieden zu diktieren. Es fragt sich nur, ob hinter dieser Hartnäckigkeit mehr steckt als die Reichtümer eines Politikers, der sich gegen die bessere Erkenntnis durch verstärkte Verstocktheit wehrt. Unbestreitbar ist, dass bereits ein wesentlicher Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs sich offen gegen diese unfruchtbare Regierungspolitik zur Wehr setzt.

Anscheinend glaubt Poincaré, ausser neuen Gewaltmitteln gegen Deutschland auch noch die Orientfrage als Trumpf ausspielen zu können. Ende des Monats sollen in Lausanne die neuen Verhandlungen mit der Türkei beginnen, und die französische Presse deutet an, dass Frankreich schon Mittel und Wege finden werde, um eine Erledigung der Streitpunkte im Orient so lange zu verhindern und zu verschieben, bis England an Ruhr und Rhein den „Preis“ entriche. Jedenfalls ist die Lage so, dass die deutsche Politik den zweifellosen moralischen Erfolg des zähen passiven Widerstandes aktiv auszunutzen versuchen muss.

Cunos Verständigungswille

Der Reichskanzler hat in seiner Rede, die er den Toten von Essen weihte, in diesem Sinne erneut folgende Feststellungen getroffen:

„Verständigung boten wir an, Geld und Gut und Ertrag der Arbeit langer Jahre, Sicherheit aus freiem Willen zum Frieden. Man hat nicht gehört. Selbst dann noch, als der Feind im Laide stand, haben wir wiederholt erkennen lassen, dass wir zu freier, ehrlicher und gleichberechtigter Verhandlung bereit sind. Ja, wir haben einen praktischen Weg gewiesen, wie das durch den Ruhrreife fast unentwirrbar gewordene Reparationsproblem zu lösen ist, indem wir uns zu dem Vorschlag des Leiters der amerikanischen Aussenpolitik Mr. Hughes bekamen. Man hat nicht gehört. Alles ist geschehen, um den Ruhrreifeinmarsch zu vermeiden oder abzukürzen. So wird auch künftig nichts unterbleiben, was unserem Volke und Lande die Freiheit und den Frieden geben kann. Und auch heute, wo wir am Grabe dieser Helden stehen, wo wir sie zur letzten Ruhe bestatten, sind wir bereit, mit den anderen in von jedem Zwang freien, gleichberechtigten Verhandlungen uns auseinanderzusetzen. Aber Freiheit und Frieden müssen gesichert sein, wenn anders nicht die Opfer nutzlos gebracht sein sollen, die wir an Ruhr und Rhein beklagen. Die Reparationspflicht muss auf das Mass des Erfüllbaren zurückgeführt, die Erde, in der wir heute die elf Braven bestatten, muss frei werden von Fuss und Hand des Feindes, die in Gefangenschaft und Verbannung Leidenden müssen der Freiheit und Heimat wiedergegeben und keiner Regelung kann zugestimmt werden, die Ruhr und Rhein territorial verfassungsmässig antastet.“

Wer hat Anspruch auf Sicherungen?

Dass Deutschland den französischen „Sicherungs“-Forderungen das schärfste Misstrauen entgegenbringt, kann keinem objektiven Beurteiler Wunder nehmen. Trotz aller offiziellen Ablehnungen hat sich in jeder Handlung und Unterlassung seit dem Kriegsende der französische Wunsch gezeigt, alles Land westlich vom Rhein der französischen Machtsphäre einzugliedern. Was der Friedensvertrag in dieser Beziehung an Handhaben bot, das wurde in der exzessivsten Weise ausgenutzt und missbraucht. Wenn es eine Sicherung geben soll, so wäre es nach diesen Erfahrungen Deutschland, das Anspruch darauf hätte, in seinen natürlichen Grenzen vor willkürlichen Angriffen und Eingriffen des militärisch so unendlich überlegenen Gegners geschützt zu werden. Ein grosser Teil der Revanchestimmung, die im deutschen Volk entstanden ist, bildet lediglich die Antwort auf den fortwährend sich steigenden Druck und die anhaltende Drohung gegen den Bestand und die Sicherheit des Deutschen Reiches. Ein Gegner, der sich nicht auf die blosse vergingliche Gewalt stützt, müsste diese Stimmungen würdigen und bereit sein, ihnen gerecht zu werden. Davon zeigt sich leider in Frankreich keine Spur, und auch in England scheint man mehr geneigt zu sein, eine Scheinlösung zu suchen, die vorübergehenden Erfolg verspricht, als eine wirkliche Klärung. In Paris hat man öffentlich den Besuch des Separatistenführers Dorten verleugnet, und es kann sein, dass man sich in fran-



Einer der berühmtesten, weil charakteristischsten gothischen Holzschnitte: Anbetung der Könige Um 1420 (St. Gallen) aus dem neuen Propyläenwerk von Curt Glaser „Gothische Holzschnitte“ (Siehe Seite 7.)